

Terroristen, Extremisten, Sozialanarchisten oder Freiheitskämpfer?

Die Naxaliten

von Theo Ebbers

Seit einigen Monaten häufen sich in den indischen Medien erneut Meldungen über Attentate und Anschläge sogenannter Naxaliten und Polizeiübergriffe gegen Personen, die des Naxalitentums verdächtigt werden. In der 'Zeit' vom 14. Februar werden die "sozialanarchistischen" Naxaliten als eines der wichtigsten und schwierigsten Probleme identifiziert, mit denen die Regierung Rao konfrontiert wird. Wer und was sind die Naxaliten? Terroristen oder Freiheitskämpfer und Revolutionäre, Anarchisten oder gemeine Verbrecher und Mörder? Was steckt wirklich hinter dem "Problem" Naxaliten? Der folgende Artikel nimmt die jüngste Serie von Gewalttätigkeiten im südindischen Bundesstaat Andhra Pradesh zum Anlaß, die aktuellen Dimensionen und die historische Entwicklung des "Naxalitenproblems" zu skizzieren.



Illustration: Meera Dayal Deshaprabhu

Der militante Flügel der 'Communist Party of India (Marxist-Leninist)', die sogenannte 'People's War Group' (PWG) hat in den letzten Monaten mit einer Reihe von Anschlägen gegen Polizei- und Armeeinrichtungen, gegen Politiker und öffentliches Eigentum eine neue Offensive in ihrem Kampf begonnen, "den ausgebeuteten und machtlosen Schichten der Landbevölkerung zu ihrem

Recht zu verhelfen".

Zu den wichtigsten Zentren ihrer Aktivitäten gehören die Telangana-Distrikte Warangal, Karimnagar, Nizamabad und Adilabad im südlichen Bundesstaat Andhra Pradesh, wo inzwischen "bürgerkriegsähnliche" Zustände herrschen. Hier waren im letzten Jahr Naxaliten, wie die Aktivisten der PWG genannt werden, in mindestens 86 Fälle

von Brandstiftung verwickelt, 22 Morde werden ihnen zugeschrieben, 14 Telefonzentralen wurden von ihnen gesprengt und mindestens 25 Busse der staatlichen Transportgesellschaft in Brand gesetzt.

Im November stoppten sie einen Zug in der Nähe von Kosai, zwangen die etwa 150 Fahrgäste auszusteigen und verbrannten die Waggons. Dabei wurde

ein Passagier getötet. Anfang Dezember wurde Tiruvarangam Hayagrivachari, ein Veteran der Kongresspartei und Freiheitskämpfer gegen die britische Kolonialmacht, von zwei jugendlichen Naxaliten durch mehrere Kopfschüsse getötet.

Terror und Gegenterror

Auf den Terror der Naxaliten reagiert die Polizei mit Gegenterror: Immer häufiger meldet sie "Erfolge" im Kampf gegen die Naxaliten. Des Naxalitums verdächtige Personen werden in sogenannten Encounters (Feuergefechten) von Einsatzkommandos der Polizei und Antiterror-Einheiten der indischen Grenztruppen (Border Security Force) erschossen. Aufsehen erregte vor kurzem der Fall des Journalisten Ghulam Rasool, der kurz nach dem Mordanschlag auf den Kongreßabgeordneten von der Polizei erschossen wurde - angeblich in einem Feuergefecht. Er wurde verdächtigt, die militanten Naxaliten aktiv zu unterstützen. Zu Unrecht, wie sich später herausstellte.

Kurz darauf meldete die Polizei die Erschießung von dreizehn Naxaliten in einem Feuergefecht in der Nähe von Manuguru. Nach eigenen Angaben geriet eine Polizeieinheit, die mit einem Jeep unterwegs war, in einen Hinterhalt von etwa 30 Naxaliten, die ohne Vorwarnung auf die Polizisten geschossen hätten.

Zweifel an dieser offiziellen Version des Vorfalles sind angebracht: Warum haben die in den Hinterhalt geratenen Polizisten nur drei Verwundete zu beklagen, während 13 Naxaliten erschossen wurden? Warum wurden Vertreter der Presse daran gehindert, den Ort des Zwischenfalls zu besichtigen? Warum wurden die Leichen der angeblichen Naxaliten so schnell durch Verbrennung an Ort und Stelle des Geschehens beseitigt? - Fragen, die die Vermutung nahelegen, wieder einmal könnten Unschuldige Opfer der unter Erfolgswang stehenden Polizei geworden sein.

Auch an der offiziellen Polizeiversion der Erschießung des Journalisten sind Zweifel erlaubt, zumal es inzwischen mehrere solcher Versionen gibt. In der ersten Variante der Polizeidarstellung heißt es, Rasool habe an einer Versammlung von PWG-Mitgliedern teilgenommen, von der die Polizei Kenntnis erhalten habe. Als man die beteiligten Naxaliten verhaften wollte, sei es zu einem Feuergefecht gekommen, in dem Rasool und sein Freund Rao getötet



Ermordeter Congress-Politiker T. Hayagrivachari (Foto: Frontline)

wurden. Die Zugehörigkeit Rasools zur PWG wird jedoch nicht nur von dieser selbst bestritten, sondern erscheint auch deshalb recht unwahrscheinlich, weil der ihn begleitende Rao Mitglied des studentischen Flügels der Kongresspartei war.

In der zweiten Version wird Rasool als Erpresser geschildert, der für die PWG mögliche Opfer für Erpressungen von "Schutzgeldzahlungen" identifizierte. Man habe ihm an diesem Abend eine Falle gestellt, nachdem ein Geschäftsmann Anzeige wegen Erpressung gegen ihn erstattet habe.

Recherchen von anderen Journalisten ergaben jedoch, daß Rasool zunächst von der Polizei verhaftet worden war und auf der Polizeiwache schwer gefoltert wurde. Um dieses zu vertuschen habe man schließlich ihn und den einzigen Augenzeugen ermordet und dann einen Schußwechsel vorgetäuscht. Unterstützt wird diese Darstellung durch die Tatsache, daß die Leichen der beiden Getöteten, wie in anderen Fällen zuvor, spurlos verschwanden noch bevor eine gerichtsmedizinische Untersuchung durchgeführt werden konnte.

Diese und ähnliche Vorfälle werfen ein bezeichnendes Licht auf die Methoden, mit denen die Polizei und die Armee als Vertreter der Staatsregierung von Andhra Pradesh auf die naxalitische

Herausforderung reagieren, ohne die wirklichen Ursachen des Konfliktes zur Kenntnis zu nehmen.

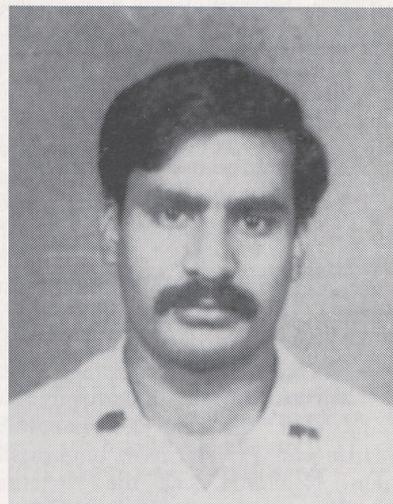
Die Wurzeln des Konflikts

Am 28. Juni 1967 verbreitete Radio Peking folgende Meldung: "In den ländlichen Gebieten des Darjeeling Distrikts in West Bengalen hat unter Führung von Revolutionären aus der Kommunistischen Partei Indiens eine neue Phase des bewaffneten Kampfes der unterdrückten Bauern begonnen. Dies ist der Beginn bewaffneter revolutionärer Auseinandersetzungen, die entsprechend den Lehren Maos vom indischen Volk begonnen wurden". Diese revolutionäre Bewegung, die Radio Peking glaubte in Indien ausgemacht zu haben, begann im März 1967 in der Gegend um das Dorf Naxalbari, im Norden West-Bengalens. Unter der Leitung von Aktivisten der CPI(M) nahmen landlose Angehörige der dort ansässigen Ureinwohner (Tribals) symbolisch Ländereien von Großgrundbesitzern in Besitz, indem sie auf den jeweiligen Parzellen rote Fahnen hielten und die Felder pflügten.

Diese zunächst friedlichen Aktionen wurden schnell zu blutigen Übergriffen auf Großgrundbesitzer, Geldverleiher und Polizei ausgeweitet.

Nachahmer

In anderen Landesteilen und indischen Bundesstaaten fanden die Aktionen von Naxalbari schon bald Nachahmer. Heute sind fünf indische Bundesstaaten vom "Terror" der sogenannten Naxaliten "betroffen": Andhra Pradesh, Bihar,



Von der Polizei erschossen: Der Journalist Ghulam Rasool (Foto: Frontline)

Orissa, Madhya Pradesh und Maharashtra, mit besonderer Intensität in den Gebieten, die einen hohen Anteil an Stammesbevölkerung aufweisen.

Von anderen "terroristischen" Bewegungen unterscheiden sich die PWG und andere Naxalitengruppen durch die Klassenzugehörigkeit ihrer Mitglieder, ihre Ziele und ihre Strategien.

Die Aktivisten der verschiedenen Naxalitengruppen rekrutieren sich vor allem aus den am stärksten unterdrückten gesellschaftlichen Gruppen, d.h. sie sind in der Regel landlose Angehörige der sogenannten Scheduled Tribes und Scheduled Castes. Unterstützung finden sie zumeist durch junge, städtische Intellektuelle, mit denen zusammen sie eine radikale Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse anstreben. Ihr Ziel ist es, den marginalisierten, landlosen Gesellschaftsschichten Zugangsmöglichkeiten zu Landbesitz zu verschaffen und sie aus den herrschenden Abhängigkeitsverhältnissen von Großgrundbesitzern zu befreien. Dieses Ziel will man einerseits durch legale politische Aktionen über die CPI (ML) erreichen, die sich Ende der 60-er Jahre von der CPI (M) abspaltete. Andererseits wird der politische Kampf durch bewaffnete Aktionen unterstützt, um so den Klassengegner durch Terror einzuschüchtern. Ihre theoretische Legitimation und die Begründung ihrer Aktionen zieht die PWG unter anderem aus den Schriften Maos und lateinamerikanischer Revolutionäre wie Che Guevara.

Ursachen des Kampfes

Die eigentliche Ursache für diesen Kampf marginalisierter Bevölkerungsgruppen liegt in der bis heute ungelösten Frage der Landverteilung. Innerhalb der Siedlungsgebiete der indischen Stammesbevölkerung führten beschleunigte Inbesitznahme ihres Landes und die zunehmende Einschränkung ihrer traditionellen Waldnutzungsrechte zu scharfen Konflikten. Außerhalb dieser Gebiete werden insbesondere die Regionen zu Zentren naxalitischer Aktivitäten, in denen Landreformen nur halbherzig durchgeführt und feudale Landbesitzverhältnisse nicht beseitigt wurden. Kontrolle über das Land ermöglicht den Großgrundbesitzern (Landlords) auch heute noch einen großen Einfluß auf die ökonomischen, sozialen und politischen Lebensverhältnisse der ländlichen Bevölkerung. Feudale Ansprüche, Schuldknechtschaft und soziale Unterdrückung resultieren in Regionen wie dem Telangana Distrikt Andhra Pradesh in Bauernaufständen, die von den Landlords mit Hilfe von Privatarmeen unterdrückt werden. Nachdem sich die Naxaliten durch Sitzungen von "Volksgerichten" über Großgrundbesitzer sowie durch

Landverteilungsaktionen die Unterstützung breiter Bevölkerungsteile gesichert haben, befinden sich heute mehrere Distrikte unter ihrer direkten Kontrolle.

Eine neue Strategie

Ihrer Offensive zu Beginn dieses Jahres liegt eine neue Taktik zugrunde. Dazu gehören vor allem Angriffe auf Haupteinnahmequellen der Landesregierung von Andhra Pradesh. Die Einnahmen aus direkten und indirekten Steuern, die zum Beispiel mit dem Verkauf von Alkohol verbunden sind, betragen im Bundesstaat jährlich mehr als 8 Milliarden Rupien (ca. 600 Millionen Mark). So sind neben den staatlichen Verkehrsbetrieben vor allem die staatlich lizenzierten Alkoholhändler zu einer der Hauptzielscheiben geworden. Der von den Naxaliten ausgesprochene Bann auf Alkohol in den Telangana Distrikten bedeutet für die Regierung daher wichtige Einkommensverluste, denn die Einnahmen aus der Alkoholsteuer betragen beinahe ein Viertel der Gesamteinnahmen des Staates. Für die Naxaliten bedeutet dieser Bann gegen den Verkauf von Alkohol nicht nur ein wichtiger Schlag gegen die Regierung von Andhra Pradesh sondern auch eine Ausweitung ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung. Mit dieser Aktion schließen sie sich einer Reihe von Frauenselbsthilfegruppen an, die an anderen Orten Indiens Alkoholverkaufsverbote durchgesetzt haben. Die Behörden reagierten mit organisierten Alkoholverkaufsaktionen unter Polizeischutz, zumeist auf dem Gelände von Polizeistationen und -kasernen. Wo örtliche Händler zögerten, neue Alkoholverkaufslizenzen zu erwerben, wurden Händler von außerhalb des Bundesstaates mit verbilligten Lizenzen angelockt. Ermutigt durch diesen politischen Erfolg ihrer Aktionen, dehnten die Naxaliten ihre Aktivitäten nun auf die Kohlebergwerke in Singareni aus, die als größtes Staatsunternehmen in der Region eine weitere wichtige Einkommensquelle für den Staat bilden. Über ihnen nahestehende Gewerkschaftsorganisationen riefen sie mehrfach zum Streik auf, was zu Produktionsverlusten im Wert von mehr als 3,6 Milliarden Rupien führte. Neben diesen enormen Einnahmeverlusten für die Staatsregierung drohten die Streiks in den Bergwerken auch die Energieversorgung des Landes einzuschränken, da den Kohlekraftwerken der Nachschub ausging.

Während sich die Protagonisten des bewaffneten Kampfes durch diese Nadelstiche, die sie verschiedenen öffentlichen Sektoren versetzen konnten, ermutigt fühlen und diese Aktionen als einen Fortschritt im Kampf um politische Macht begrüßen, sehen die örtlichen

Autoritäten in den jüngsten Entwicklungen ein vorübergehendes Phänomen. Sie gestehen ein, daß die Schlagkraft der Naxaliten in letzter Zeit zwar weiter gestiegen sei, führen dies jedoch auf eine zu nachlässige Politik der Landesregierung zurück. Allein in den Distrikten Nizamabad und Adilabad agieren heute 13, mit Sturmgewehren ausgerüstete, "Einsatztrupps" (Dalams) der PWG, von denen zwei von Frauen angeführt werden.

Mehrere Gruppen aktiv

Neben der sog. 'People's War Group' sind in Andhra Pradesh zwei weitere größere Naxalitengruppen aktiv, die nach ihren jeweiligen Gründern benannt sind: die PV (Pyla Vasudava Reddy) und die sog. CP (Chandra Pulla Reddy). Die in den Distrikten Khamman, Warangal, Nizamabad, Adilabad, Nalgonda, Guntur, Mehbubnagar und Hyderabad aktive PV ist nicht nur "militärisch" tätig, sondern tritt auch bei Kommunalwahlen an: Sie verfügt über einen Sitz im Landesparlament, kontrolliert etwa 100 Dörfer und unterhält 10 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften.

Daß die naxalitischen Gruppen jedoch nicht immer auf bereitwillige Unterstützung aus der Bevölkerung bauen können und diese zum Teil auch erzwingen müssen, belegt ein Vorfall, in den die sogenannte 'Jyothakka-Dalam' der PWG verwickelt war. Unter der Leitung ihrer Anführerin Jyothakka hatte diese Naxalitengruppe im Februar diesen Jahres ein Dorf überfallen und von den dort ansässigen Reisbauern Reis geraubt. Das Stehlen von Reis und anderer Grundnahrungsmittel und deren anschließende Verteilung an die Armen gehört zu den gängigen Praktiken der PWG, sich die Unterstützung ärmerer Bevölkerungsschichten zu sichern. Diesmal funktionierte dieses "Robin-Hood-Spiel" jedoch nicht. Als Jyothakka mit ihren Leuten den Reis wieder verteilen wollte, verweigerten die Betroffenen die Annahme mit der Begründung, er sei armen Bauern, die weniger als vier Morgen Land besäßen, gestohlen worden. Physische Repressalien der Naxaliten befürchtend, schlossen sich die Frauen des Dorfes zusammen und bedrängten den Trupp Naxaliten, die schließlich das Feld räumen mußten. Diese Blamage konnten sie natürlich nicht auf sich sitzen lassen, weshalb sie einige Tage später das Dorf überfielen, die Frauen, die sie als Anführerinnen des Protestes ausgemacht hatten, öffentlich verprügelten und diese anschließend entführten. Erst nachdem sich die Männer des Dorfes schriftlich für das Verhalten ihrer Frauen entschuldigt hatten, wurden diese wieder freigelassen. Dies ist noch ein relativ harmlos-

ses Beispiel dafür, daß die PWG die Unterstützung der ländlichen Bevölkerung mitunter auch gewaltsam erzwingt. So gehört es längst zu ihren Gewohnheiten und Methoden "Verrätern", d.h. Personen, die im Verdacht stehen, mit den staatlichen Autoritäten zu kollaborieren, eine Hand oder einen Fuß zu amputieren - wenn sie die betreffenden Opfer nicht sogar ermorden. So sollen allein im Karimnagar Distrikt mehr als 50 Menschen leben, denen aus diesem Grund ein Arm oder ein Bein fehlen. Auch sind die von den Naxaliten begangenen anderen "Straftaten", wie Banküberfälle, Entführungen und Erpressungen, nicht nur politisch motiviert, sondern dienen vor allem dazu, sich und ihre Aktionen zu finanzieren.

"Land to the Tiller"

Vor diesem Hintergrund fällt eine Einschätzung der Naxalitenbewegung anhand der verschiedenen Pressemeldungen über Gewalttätigkeiten, die von beiden Seiten, d.h. von Naxaliten genauso wie von den Ordnungskräften verübt werden, schwer. Der Ausgangspunkt der Naxalitenbewegung, der vielleicht am besten mit ihrem Slogan "land to the tiller" charakterisiert werden kann, ist nach wie vor Kernelement ihres politischen Anliegens und Rechtfertigungsgrundlage ihrer "Terroranschläge". Großgrundbesitzer, die sich weigern, ihr Land aufzuteilen, werden gnadenlos umgebracht. Viele Landlords haben resigniert, sind nach Hyderabad, der Hauptstadt Andhra Pradesh, gezogen und haben ihre Ländereien den Naxaliten überlassen, die das Land an landlose Landarbeiter weiterverteilen.

Die Regierungen aller betroffenen Bundesstaaten reagieren auf solche Landbesetzungsaktionen mit brutaler Gewalt und sehen in den Naxaliten und ihren Aktionen lediglich ein "law-and-order-Problem". Politische Motivation und ideologische Motive werden ihnen abgesprochen: "Wir werden ihnen unsere Stärke beweisen. Ihr einziges Ziel besteht darin, das Volk zu terrorisieren und auszurauben. Sie haben keinerlei Ideologie," verkündete Andhra Pradeshs Innenminister zu Beginn dieses Jahres. Er bezeichnete die bewaffneten Naxalitengruppen als "lichtscheue Mafia-Banden", die sich nicht an die Öffent-



Für die Unterdrückten der indischen Gesellschaft blieben Naxalites oft ein attraktives Forum und Mittel, ihren Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit Ausdruck zu verleihen (Foto: Kamal N. Narang)

lichkeit trauten.

Das eigentliche Problem, die Frage der Landverteilung, wird von den Verantwortlichen jedoch nicht zur Kenntnis genommen. Vor kurzem wurden zum Beispiel 140 Hütten, die landlose Arbeiter auf einem, von der PWG beschlagnahmten Stück Land errichtet hatten, in einer großen Polizeiaktion zerstört, obwohl der Dorfvorsteher um eine nachträgliche Legalisierung dieser Landbesetzungsaktion gebeten hatte.

Es entsteht so allmählich eine Art Teufelskreis von sich gegenseitig steigender Gewalt: Zunehmende staatliche Repressionen, von lokalen Politikern und Landlords unterhaltende Privatarmeen und Schlägertrupps, Karrierepolitiker, die Wahlen beliebig manipulieren können, lassen den Naxaliten den bewaffneten Kampf als einzigen Ausweg aus sozialer Ungerechtigkeit und wirtschaftlicher Unterdrückung erscheinen.

Eine Anerkennung der objektiv bestehenden Ursachen für den naxalitischen Extremismus durch die staatlichen Autoritäten, d.h. eine konsequent durchgeführte Landreform und die Anerkennung traditioneller Rechte der Stammesbevölkerung, würde den Aktivisten der PWG

beinahe jede politische Grundlage für ihre Aktionen entziehen und diese tatsächlich lediglich als verbrecherische Terrorakte erscheinen lassen.

Ähnliches gilt für andere soziale Unruhen und Auseinandersetzungen, die sich in letzter Zeit in Indien verschärfen. Als Beispiel sei hier der Kampf der Scheduled Castes um gesellschaftliche Anerkennung und Gleichberechtigung erwähnt (siehe auch 'Südasiens', 8/91). Die Kriminalisierung ihrer Gegenwehr gegen brutalste Unterdrückungsmaßnahmen, denen sie auch im modernen Indien von heute noch immer ausgesetzt sind, führt zu regelrechten Kastenkriegen.

Solange es der indischen Politik nicht gelingt, die Rechte derjenigen Bevölkerungsteile zu garantieren, die als sozioökonomisch benachteiligt angesehen werden, bleiben "terroristische" Gruppen wie die Naxaliten der PWG für "Dalits", d.h. die Unterdrückten der indischen Gesellschaft, ein attraktives Forum und Mittel, ihren Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit, Ausdruck zu verleihen.